

Die DVP im Juni 2022/Inhaltsverzeichnis

Editorial

Jürgen Vable

Editorial –

Über Klausuren und andere Leistungsnachweise 223

Abhandlungen

Stephan Stüber

Die Rechtsfolgen der Feststellung eines Haushaltsplans 225

Im Bund und in den meisten Ländern wird der Haushaltsplan durch das Haushaltsgesetz „festgestellt“, in Hamburg durch den „Haushaltsbeschluss“. Die Kommunalverfassungsgesetze sprechen davon, dass der Haushaltsplan durch die Haushaltssatzung „festgesetzt“ wird. Den „Feststellungen“ und „Festsetzungen“ ist gemeinsam, dass sie auf einem „Beschluss“ der jeweiligen Vertretungskörperschaft beruhen, also einem Gesetzesbeschluss, dem Haushaltsbeschluss in Hamburg oder einem Satzungsbeschluss in den Kommunen.

Der Haushaltsplan hat nicht für alle darin enthaltenen Angaben dieselbe Bedeutung. Zu unterscheiden ist zwischen Ermächtigungen, dem Nachweis des Haushaltsausgleichs und den Erläuterungen. Die mit der Feststellung des Haushaltsplans verbundenen Rechtsfolgen werden in diesem Beitrag näher dargestellt, nachdem zunächst kurz auf die Bedeutung des Haushaltsplans für die Haushaltswirtschaft eingegangen worden ist.

Katharina Kendziora/Bernd Bak

Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung – Teil 1 230

In den letzten Jahren ist das Thema Wissensmanagement zu einer zentralen „Baustelle“ in der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung geworden. Den plakativen Titel „Wissensmanagement – damit Wissen nicht in Rente geht“ findet man in zahlreichen Fachbeiträgen, Bachelorarbeiten und Seminarbeschreibungen.

Dies verleitet möglicherweise zu der Annahme, Wissensmanagement wäre nur beim Verlassen des Unternehmens oder der öffentlichen Verwaltung von Bedeutung. Das ist vielmehr der späteste Zeitpunkt, zu dem man sich um die Bewahrung des vorhandenen Wissens kümmern muss. Auch der Wechsel (Umsetzung) eines Bediensteten auf eine andere Stelle innerhalb des Unternehmens oder der Verwaltung sorgt für Wissensverlust. Wissensmanagement kann somit sowohl dem abgehenden Bereich helfen, den Verlust zu kompensieren, als auch die Einarbeitung in eine neue Aufgabe erleichtern.

Der Beitrag erläutert zunächst, um welches Wissen es geht. Danach befasst er sich mit Zielen und Aufgaben des Wissensmanagements sowie den Beteiligten am Prozess des Wissensmanagements.

Peter Eichhorn

Der Laut in der Sprache 237

Dieser kurze Beitrag versucht die Ausstrahlungskraft von Menschen anhand der Klangfarbe ihrer Stimme und der Sprache zu erklären. Je nach Lautmodulation und begleitender Haltung in Form von Mimik, Gestik und Körpersprache können Wörter und Sätze inhaltlich aufgenommen oder verworfen werden.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Folgen der Abwahl einer sonstigen Wahlbeamtin bzw. eines Wahlbeamten 239

Die Position eines Wahlbeamten enthält auch die Möglichkeit der Abwahl. Hierdurch werden jedoch sowohl für die Kommune, aber auch für die betroffenen Personen weitreichende Folgen ausgelöst, die hier dargestellt werden.

Manfred Glombik

Die Rentenformel – Baustein der Rente 241

Die Rentenformel ist die Grundlage zur Ermittlung des Monatsbetrags der Rente. Die Formel ist kompliziert, weil sie eine beitragsbezogene Leistung des Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung widerspiegelt. Der Beitrag erläutert die Entwicklung dieser Grundsätze der Rentenberechnung.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Das 9-Euro-Ticket 236

Fallbearbeitungen

Gerhard Lange/Rolf Kosczynski-Wagner

Der Eierverkaufsautomat im Außenbereich 246

Bei diesem Übungsfall aus dem Baurecht mit Bezügen zum Straßenrecht NRW geht es darum, ob auf dem Parkplatz eines Hofladens ein Verkaufsautomat aufgestellt werden darf. Zu prüfen sind Fragen des Bau-, Straßen- und Straßenverkehrsrechts.

Sebastian Notbohm

Objektschutz ohne Erlaubnis 249

Gegenstand der Fallbearbeitung sind Inhalte der Fächer „Verwaltungsrechtliche Erstentscheidung“, „Rechtswissenschaftliche Methodenlehre“ und „Entscheidungsentwürfe“ (1. und 2. Trimester) an der kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen. Inhaltlich geht es um die mögliche Untersagung der Ausübung des Bewachungsgewerbes.

Rechtsprechung

Chancengleichheit politischer Parteien und staatliches Neutralitätsgebot (BVerfG, Urteil vom 27.2.2018 – 2 BvE 1/16) 256

Datenschutzrechtliche Anordnung des Abbaus einer Überwachungskamera (OVG Koblenz, Urteil vom 25.6.2021 – 10 A 10302/21) 260

Zur Anordnung der sofortigen Vollziehung bei erkennungsdienstlicher Anordnung (OVG Lüneburg, Beschluss vom 29.6.2016 – 11 ME 100/16) 262

Schrifttum

265

Die Schriftleitung